

Der Parteitag der SPD Berlin möge beschließen

1) Ergänzung bei der Bilanz unter „Wir stärken die Soziale Stadtentwicklung“,

Seite 12, Zeile 2, Einfügung (hinter „...Drogen eingerichtet.“)

Die Patientenberatung wurde gestärkt, die Beteiligung von Patienten-, Verbraucher-, und Selbsthilfeorganisationen an den Gremien der Landesgesundheitspolitik erfolgreich ausgebaut. Berlin hat als erstes Bundesland eine Patientenbeauftragte eingesetzt.

2) Bundesthemen-Einschub zu Beginn des Themas „Gesundheitspolitik“

Seite 41, Zeile 30, Einfügung (hinter „Gesundheitspolitik“)

Die Berliner SPD setzt sich gegenüber dem Bund in der Kranken- und Pflegeversicherung gegen alle Tendenzen der Privatisierung des Krankheits- und Pflegerisikos ein. Wir stellen uns gegen ungerechte Finanzierungsmodelle wie Kopfpauschalen, Zwang zur individuellen Kapitalbildung und Vorkassensysteme. Die SPD steht für die Einführung einer gerechten Bürgerversicherung bei Pflege und Krankheit. Wir wollen eine gerechte Versorgung aller statt Mehrklassensysteme und Privilegien für wenige.

Wir streiten für ein modernes Patientenrechtgesetz und den Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention zu einer echten Säule im Gesundheitswesen. Unsere Leitgedanken auch in der Gesundheitspolitik sind sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration.

Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen faire und auskömmliche Löhne bekommen und die Millionen ehrenamtlich Engagierten brauchen Rahmenbedingungen, die das Engagement würdigen und befördern.

3) Ergänzung unter „Patientenschutz und Patientenrechte“

Seite 42, Zeile 27, Einfügung (hinter „...patientenfreundlicher zu gestalten.“)

Patientinnen und Patienten dürfen von Leistungserbringern, Kassen oder anderen Gesundheitseinrichtungen nicht übervorteilt und Korruption und Betrug im Gesundheitswesen muss zurückgedrängt werden. Der bzw. die Patientenbeauftragte ist auch Ansprechpartner/in bei Problemen beim Zugang zur medizinischen Versorgung, um einer Mehrklassenmedizin entgegenzuwirken.

Begründung:

zu 1) Es empfiehlt sich, an wesentliche Erfolge des SPD-geführten Senats der letzten Legislaturperioden zu erinnern. Hierzu gehören neben den bereits im Programmwurf genannten Punkten zweifellos die Schaffung des Amtes einer Patientenbeauftragten sowie der Ausbau der Beteiligungsrechte der Verbraucher und

Verbraucherinnen sowie der Patientinnen und Patienten auf Landesebene. All dies hätte es ohne Druck der SPD nicht gegeben.

zu 2) Gesundheitspolitik gehört zu den Politikfeldern, die für die Menschen eine außerordentlich hohe Bedeutung haben; und der SPD werden regelmäßig die höchsten Kompetenzwerte für dieses Feld zugeschrieben. Wesentliche gesundheitspolitische Entscheidungen fallen auf Bundesebene. Die Wahl des Abgeordnetenhauses bestimmt jedoch auch die Positionen Berlins im Bundesrat. Deswegen ist angeraten, den Menschen auch im Landeswahlprogramm Folgen hinsichtlich der bundespolitischen Bedeutung ihrer Wahl vor Augen zu führen: Nur eine SPD-geführte Landesregierung kann helfen, über den Bundesrat ungerechte Vorhaben der Schwarz-Gelben Koalition im Bund zu verhindern. Die genannten Positionen zu den wesentlichsten gesundheitspolitischen Bundesthemen entsprechen inhaltlich der SPD Beschlusslage.

zu 3) Zum wichtigen Themenfeld Patientenschutz gehört die generelle Stärkung des Patienten / der Patientin gegenüber professionellen Akteuren des Gesundheitssystems. Auch Korruptionsbekämpfung und das Zurückdrängen von Betrug im Gesundheitssystem sind nennenswerte Ziele der SPD Berlin zum Schutz der Versicherten. Und nicht zuletzt sollte der / die Patientenbeauftragte auch Ansprechpartner/in bei realen Versorgungsproblemen, wie z.B. bei Terminproblemen beim Arzt sein. All dies sollte auch im Wahlprogramm genannt werden. Beim hochaktuellen Thema Patientenschutz / -rechte ist die SPD Vorreiter und sollte dies auch bleiben und artikulieren.